GROSSER RAT

Postulat Josef Fasel 267.04
SJD

Fahren mit Alkohol

(Begehren und Begründung)

Ab dem 1. Januar 2005 wird der Grenzwert des Blutalkoholgehaltes auf 0,5 ‰ gesenkt.

Der Kanton ist durch erhöhte Präsenz und vermehrte Kontrollen der Kantonspolizei direkt in dieses Szenario integriert. Dies soll die direkt betroffenen Automobilistinnen und Automobilisten abschrecken, denn ihnen droht – bei zu hohem Anteil - der Entzug des Fahrausweises über eine bestimmte Zeit. Das allerdings ist nur die eine Seite der Folgen dieser neuen Massnahme.

Viel schlimmer noch als ein Führerausweisentzug sind die Folgen bei einem Verkehrsunfall.
Da das Unfallrisiko beim Fahren mit Alkohol (Drogen sind natürlich auch inbegriffen) bekanntlich zunimmt, sind diese Folgen wesentlich konsequenter, als lediglich ein Entzug des Fahrausweises. Nebst dem Leid, welches entstehen kann, sind damit natürlich auch enorme Kosten verbunden. Kosten, welche vermehrt auf den Versicherungsnehmer abgewälzt werden und diesen in den Ruin führen, respektive für die Zeit seines Lebens belasten können.

Meines Erachtens sollte in diesem Zusammenhang der Kanton mit den Versicherungsgesellschaften vermehrt aktiv werden und auf diese Folgen aufmerksam machen. Es genügt nicht, wenn diese beim Abschluss einer Police im klein geschrieben Text oder zufällig noch randbemerkt erwähnt werden. Es müsste vielmehr eine permanente Kampagne - ähnlich der Aidsprävention - stattfinden, um die Folgen des Fahrens in diesem Zustand zu erläutern.

Eine Kampagne könnte nebst den Versicherungsgesellschaften – **präventiv** - ebenfalls mit den Gaststätten, Bars etc. geführt werden, um die Autofahrer schon an der Quelle auf das Problem aufmerksam zu machen.

Im Übrigen stellt sich die Frage, ob nicht der Kanton mit seinem Weingut innovativ und im Sinn eines Forschungsbeitrages durch neue Technologien im Keltern von alkoholfreiem Wein aktiv sein sollte!

Angesichts der Bedeutung dieses Themas wäre es sicher angebracht, wenn der Staatsrat einen Bericht zu diesem Thema erstellen würde. Dieser würde ebenfalls zur bessern Aufklärung und vermehrten Sensibilisierung, beitragen.

(Sig.) Josef Fasel, Grossrat

16. Dezember 2004